



Arbeitsdokument der Initiative for Policy Dialogue und der Friedrich-Ebert-Stiftung New York, September 2013

Weltweite Proteste 2006-2013 *Kurzdarstellung*

**Isabel Ortiz
Sara Burke
Mohamed Berrada
Hernán Cortés**

September 2013

Die ganze Arbeit kann von der IPD auf policydialogue.org/programs/taskforces/global_social_justice/ oder von der FES auf fes-globalization.org/new_york/ny-publications/publications-on-global-economic-governance/ heruntergeladen werden. Wir fordern zur Verbreitung über Internetseiten und Blogs auf; die Arbeit kann ohne Veränderungen verbreitet werden, mit einem zusätzlichen Beitrag über die Autoren und ihre Institutionen, sowie einem anklickbaren Link zum Original.

Diese Studie vom September 2013 analysiert 843 Proteste, die zwischen Januar 2006 und Juli 2013 in 84 Ländern aufgetreten sind, was über 90% der Weltbevölkerung entspricht. Die Studie konzentriert sich auf: (i) die bedeutendsten Missstände, welche die Proteste in der Welt antreiben, (ii) wer demonstriert, welche Protestmethoden genutzt werden, und gegen wen diese gerichtet sind, (iii) kurzfristige Erfolge, sowie die Unterdrückung sozialer Bewegungen und (iv) die wichtigsten politischen Forderungen der weltweiten Demonstranten. Die Arbeit fordert politische Entscheidungsträger auf, darauf zu achten, ob Aussagen nur durch Frustration und Gewalt artikuliert oder kommuniziert werden.

In den letzten Jahren wurde die Welt von Protesten erschüttert. Vom Arabischen Frühling bis zu den „indignados“, von Occupy bis zu Hungeraufständen. Es gab Zeiträume in der Geschichte als große Menschenmengen dagegen rebellierten, wie die Dinge waren, Veränderungen verlangend, wie 1848, 1917 oder 1968; heute erleben wir einen neuen Zeitraum wachsender Empörung und Unzufriedenheit, und einige der größten Protest der Weltgeschichte.

Unsere Analyse von 843 Protestereignissen reflektiert einen ständigen Zuwachs der Gesamtanzahl jährlicher Proteste, von 2006 (59 Proteste) bis Mitte 2013 (112 Protestereignisse in nur einem halben Jahr). Dem Beginn der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise folgend, gibt es einen sehr großen Zuwachs an Protesten, beginnend 2010 mit der Einführung von Austeritätsmaßnahmen in allen Regionen der Welt. Proteste sind verbreiteter in Ländern mit hohem Einkommen (304 Proteste), gefolgt von Lateinamerika und der Karibik (141 Proteste), Ost-Asien und dem Pazifik (83 Proteste), sowie Sub-Sahara Afrika (78 Proteste). Eine Analyse vom Mittleren Osten und der Nord-Afrika Region (77 Proteste) zeigt, dass Proteste auch schon vor dem Arabischen Frühling üblich waren. Die Mehrheit der gewalttätigen Aufstände, die in dieser Studie gezählt wurden, traten in Ländern mit geringem Einkommen auf (48% aller Aufstände), vor allem ausgelöst durch Nahrungs- und Energiepreisspitzen in jenen Ländern. Interessanterweise spiegelt der Zeitraum von 2006 bis 2013 eine zunehmende Anzahl weltweiter Proteste (70 Ereignisse) wieder, die Regionen übergreifend organisiert wurden.

Die hauptsächlichen Missstände und Gründe der Empörung sind:

- **Ökonomische Gerechtigkeit und Anti-Austerität:** 488 Proteste zu Themen, die verbunden sind mit Reformen der öffentlichen Dienste, Steuer-/Fiskalgerechtigkeit, Arbeitsplätze/höhere Einkommen/Arbeitsbedingungen, Ungleichheit, Armut/geringe Lebensstandards, Agrar-/Landreform, Rentenreform, hohe Treibstoff- und Energiepreise, hohe Nahrungsmittelpreise, und Wohnen.
- **Versagen politischer Repräsentation und politischer Systeme:** 376 Proteste zu Mangel an tatsächlicher Demokratie; Einflüsse von Unternehmen, Deregulierung und Privatisierung; Korruption; Versagen beim Erhalt juristischer Unterstützung vom Rechtssystem; Transparenz und Verantwortlichkeit; Überwachung von Bürgern; und gegen Krieg/den militärisch-industriellen Komplex.
- **Globale Gerechtigkeit:** 311 Proteste waren gegen den IWF und andere Internationale Finanzinstitutionen (IFIs) gerichtet, für Umweltgerechtigkeit und globale öffentliche Güter, und gegen Imperialismus, freien Handel und die G20.
- **Rechte von Menschen:** 302 Proteste zu ethnischen/eingeborenen Rechten; Rechte auf Allgemeingüter (digitale, ländliche, kulturelle, atmosphärische); Arbeiterrechte; Frauenrechte; Recht zur Freiheit zur Versammlung/Rede/Presse; religiöse Themen; Rechte von lesbischen/schwulen/bisexuellen/transgender Personen; Rechte von Einwanderern, und Rechte von Gefangenen. Eine kleine Anzahl von Protesten konzentrierte sich auf die Verweigerung von Rechten für bestimmte Gruppen (z.B. Einwanderer, Homosexuelle).

Obwohl die Bandbreite von Forderungen nach ökonomischer Gerechtigkeit ernste Konsequenzen mit sich bringt, ist die ernüchterndste Erkenntnis der Studie die überwältigende Forderung (218 Proteste), nicht nach ökonomischer Gerechtigkeit per se, sondern nach dem, was verhindert, dass ökonomische Themen adressiert werden können: einen Mangel an „echter Demokratie“, was ein Resultat der wachsenden Erkenntnis der Menschen ist, dass sie von politischen Entscheidungsträgern nicht priorisiert wurden – auch, wenn diese es behaupteten – und der Frustration mit *politics as usual*, sowie einem Mangel an Vertrauen in die existierenden politischen Akteure, links und rechts. Diese Forderung und die Krise politischer Repräsentation, die sie zum Ausdruck bringt, kommt von jeder Form von politischem System, nicht nur von autoritären Regierungen, sondern auch von repräsentativen Demokratien, welche dabei versagen, auf die Bedürfnisse und Ansichten gewöhnlicher Menschen einzugehen.

Ein Profil der Demonstranten macht deutlich, dass nicht nur traditionelle Protestierende (z.B. Aktivisten, Gewerkschafter) demonstrieren; im Gegenteil, Mittelklassen, junge, alte Menschen und andere soziale Gruppen protestieren aktiv in den meisten Ländern, aufgrund eines Mangels an Vertrauen und Desillusionierung mit dem aktuellen politischen und wirtschaftlichen System. Sie schließen sich zunehmend Aktivisten von allen möglichen Arten von Bewegungen an, nicht nur in Märschen und Kundgebungen (die üblichste Methode zivilen Protests, bei 437 Ereignissen), sondern auch in einem neuen Rahmen von Protesten, einschließlich zivilem Ungehorsam und direkten Aktionen, wie Straßenblockaden und der Besetzung von Straßen und Plätzen in Städten, um Aufmerksamkeit für ihre Forderungen zu erregen (insgesamt 219 Besetzungen von öffentlichen Plätzen). Der von dieser Studie abgedeckte Zeitraum erfasst auch den Beginn einer neuen Ära zivilen Ungehorsams/direkter Aktionen, durchgeführt von Computerhackern und *whistleblowern*, welche massive Mengen an Regierungs- und Unternehmensdaten durchsickern lassen. Im Gegensatz zur öffentlichen Wahrnehmung treten Gewalt und Vandalismus/Plünderungen nur in 75 Ereignissen, bzw. 8.9% der weltweiten Proteste auf. Obwohl sie nur von wenigen genutzt werden, weisen 33 Ereignisse verzweifelte Methoden, wie Hungerstreiks und selbst zugefügte Gewalt, auf (z.B. Selbstopferung oder Protestierende, die sich ihre eigenen Lippen zunähen).

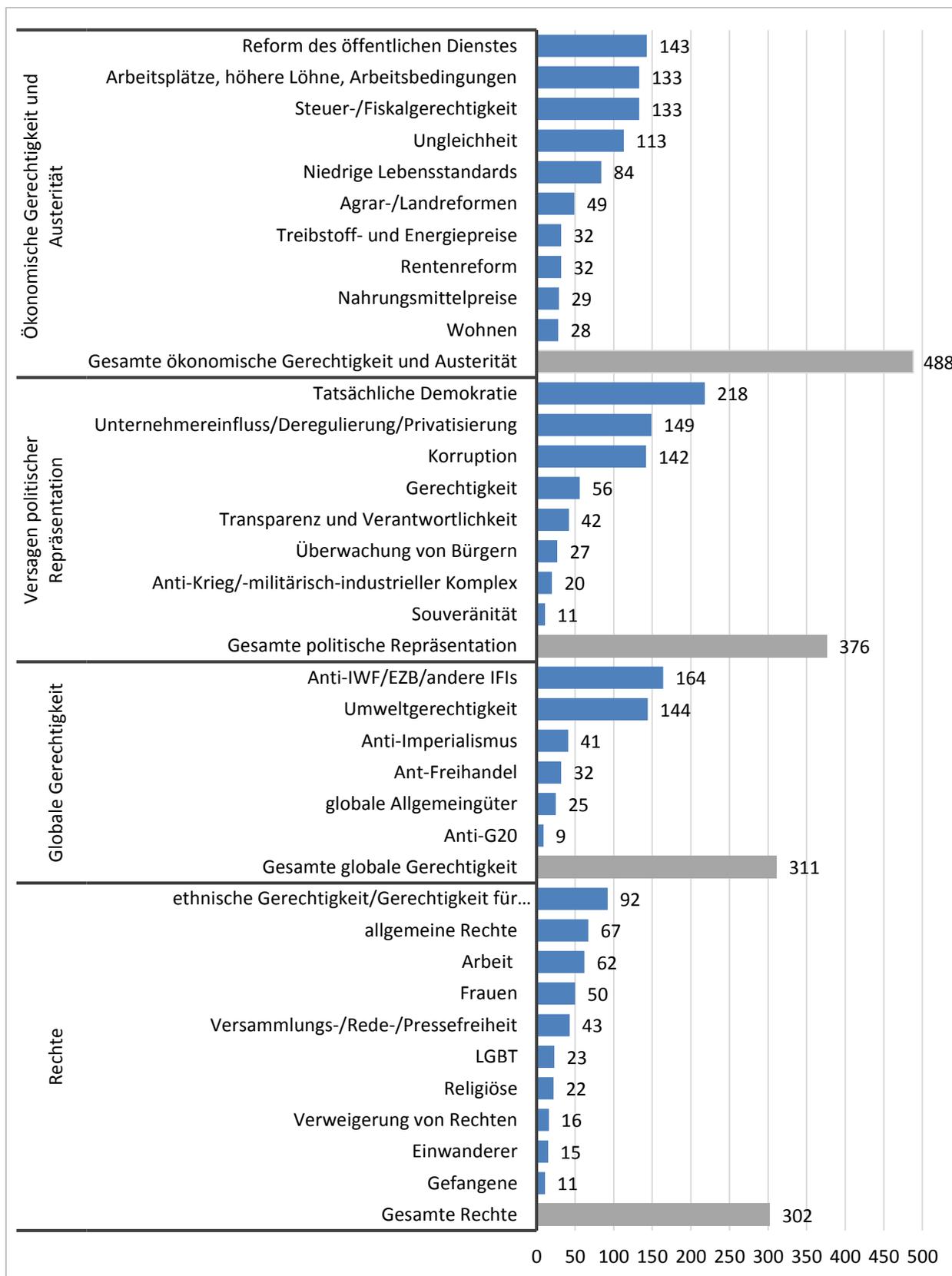
Gegen wen richten sich die Protestierenden? Eine Analyse der wichtigsten Proteste im Zeitraum zwischen 2006 und 2013 zeigt, dass Demonstranten ihre Beschwerden häufig an nationale Regierungen richten, da sie die legitimen Politik gestaltenden Institutionen sind, welche auf die Bürger eingehen sollten. Protestierende verlangen, dass politische Entscheidungsträger öffentliche Verantwortung übernehmen für wirtschaftliche, soziale und Umweltpolitik – dass alle profitieren sollen, nicht nur einige wenige. Wie auch immer, Proteste gegen inadäquate politische und wirtschaftliche Systeme treten als die zweit wichtigsten auf, was eine signifikante Unzufriedenheit mit der Arbeit derzeitiger Demokratien, sowie Forderungen nach tatsächlicher Demokratie widerspiegelt. Des Weiteren stellen sich Protestierende gegen (in dieser Reihenfolge): Unternehmen/Arbeitgeber, den IWF, Eliten, den Finanzsektor, die EZB, Militär- und Polizeikräfte, freien Handel, wirtschaftliche/militärische Mächte (z.B. die EU, die USA, China), die G20, die Weltbank, spezifische politische Parteien, einige soziale Gruppen (z.B. Einwanderer, Homosexuelle, Sinti und Roma) und, in einigen Fällen, religiöse Autoritäten.

Nicht nur die Anzahl der Proteste steigt an, sondern auch die Anzahl der Protestierenden. Gruppenschätzungen gehen davon aus, dass 37 Ereignisse eine Millionen oder mehr Protestierende hatten; einige von diesen könnten durchaus die größten Proteste der Geschichte sein (z.B. 100 Millionen in Indien 2013, 17 Millionen in Ägypten 2013). Ab 2013 erreichten insgesamt 63% der abgedeckten Proteste in dieser Studie weder ihre gewünschten Forderungen, noch verbesserten sie kurzfristig Missstände. Dieses Ergebnis ist nicht unbedingt negativ, da viele dieser Proteste sich an langfristigen, strukturellen Themen richteten, was im Laufe der Zeit Erfolge hervorbringen könnte. Ungefähr 37% der Proteste resultieren in irgendeiner Form von Erfolg, vor allem im Gebiet politischer, gesetzlicher und sozialer Rechte – globale und wirtschaftliche Themen scheinen die schwierigsten Gebiete zu sein, um Veränderungen zu erreichen.

Repression ist, in deutlich über der Hälfte der Proteste, die in dieser Studie analysiert wurden, gut dokumentiert. Entsprechend der Medienberichte waren die Proteste, die am meisten Verhaftungen mit sich brachten, im Iran, GB, Russland, Chile, Malaysia, den USA, Kanada und Kamerun; von den meisten Toten wurde in Kirgistan, Ägypten und Kenia berichtet; von den meisten Verletzten in Ägypten, Thailand und Algerien. Unsere Forschungen dokumentierten auch eine wachsende Besorgnis mit einigen Formen von Repression, welche die Nutzung physischer Gewalt nicht implizieren: die Überwachung von Bürgern. Es muss angemerkt werden, dass, während Verhaftungen und Überwachung direkt mit regierungsgesteuerter Repression verbunden sind, eine gewisse Anzahl der Verletzten und Toten ein Ergebnis aus gewaltsamen Zusammenstößen zwischen verschiedenen Gruppen sein könnten.

Die Reihe von politischen Maßnahmen, die es auf nationaler und globaler Ebene bedarf, um die Missstände anzugehen, die in dieser Arbeit beschrieben werden, erstreckt sich über nahezu jedes Gebiet öffentlicher Politik, von Arbeitsplätzen, öffentlichen Diensten und sozialem Schutz, zu Besteuerung, Schulden und Handel. Regierungen müssen den Botschaften, die von den Protestierenden ausgehen, Beachtung schenken. Wie auch immer, politische Reformen werden unzureichend sein, wenn Regierungen dabei scheitern demokratische Partizipation zu garantieren und die Macht von Eliten einzuschränken – nicht nur in lokalen und nationalen Regierungen, sondern ebenso in *global governance* Institutionen. Führer und Entscheidungsträger werden nur weitere Unruhen hervorrufen, wenn sie dabei scheitern, die eine Forderung zu erfüllen, welche mehr als alle anderen in den weltweiten Protesten zwischen 2006 und 2013 verlangt wurde – der Forderung nach tatsächlicher Demokratie.

Anzahl der Proteste, gruppiert nach Missstände/Forderungen 2006-2013*



Source: Ortiz, I., S. Burke, M. Berrada and H. Cortes. 2013. *World Protests 2006-2013*.

Initiative for Policy Dialogue and Friedrich-Ebert-Stiftung New York.

*Bis zum 31. Juli 2013